

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung und
das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V.

Jens Hartung · Irina Mohr · Franziska Richter (Hg.)

50 Jahre Deutsche Einheit

Weiter denken – zusammen wachsen

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter [http://dnb/ddb.de](http://dnb.ddb.de) abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0476-1

© 2015 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz:
Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de



Inhaltsverzeichnis

Kurt Beck Vorwort	9
Sigmar Gabriel Grußwort	12
KAPITEL I Für den Aufbau ist gerade Halbzeit Wirtschaft, Energie und ökologische Erneuerung	
Leitautor: Wolfgang Tiefensee Aufbau Ost – wie weiter? Fünf Anforderungen an die Diskussion	17
Michael Müller Zusammen Wachsen: Wirtschaft und Politik im vereinten Berlin	32
Katrin Budde Mit Mut und Energie neue Perspektiven schaffen Industrielle Basis stärken, innovative Energiepolitik gestalten	39
Martin Dulig Ostdeutschland als Innovationsregion: Das Beispiel Sachsen	48
Ronny Freier · Christian Odendahl Eigene Wege gehen Erfahrungen und Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaftspolitik	59
Rainer Land Lernen aus vertanen Chancen Der ökologische Umbau und die wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands	69

5 |

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL III Den Rest schaffen wir auch noch! Auf dem Weg zur Vollendung der Deutschen Einheit	
Leitautorin: Iris Gleicke Mühen in unseren Ebenen Anmerkungen zur Vollendung der sozialen Einheit	159
Petra Köpping Willkommen in Ostdeutschland! Wegmarken zu Integration und Offenheit	167
Judith Kerschbaumer Gleiche Leistung – gleiche Rente Rentengerechtigkeit als Projekt der nahen Zukunft	174
Wolfgang Schroeder Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland Gelegenheitsstrukturen für einen ostdeutschen Relaunch	187
KAPITEL IV Versuchsraum mit Modellcharakter Kultur und Demokratie als Bindekraft und Konfliktstoff	
Leitautor: Wolfgang Thierse Kunst und Kultur im Einigungsprozess – eine konfliktreiche Transformation	201
Thomas Brüssig Auf magerem Boden Kultur in der ostdeutschen Provinz?	220
Daniela Kolbe Wer ist das Volk? Engagement und Beteiligungskultur	228

7 |

50 Jahre Deutsche Einheit · Weiter denken – zusammen wachsen

KAPITEL II Dringende Familienangelegenheiten Neue Rollenverständnisse im vereinten Deutschland	
Leitautorin: Manuela Schwesig Ein Land wächst zusammen – eine Gesellschaft erfindet sich neu	85
Gesine Schwan Zeitgemäße oder zukunftsfähige Familien?	92
Sascha Vogt Mehr Gleichheit, mehr Glück? Väterrollen in Ost- und Westdeutschland	99
Sineb El Masrar Muslimas – Zwischen Feminismus, Islam und Wiedervereinigung	109
Jutta Allmendinger · Nadiya Kelle · Ellen von den Driesch Partnerschaftliche Lebensmodelle als Grundlage ökonomischer Unabhängigkeit der Frauen in Ost- und Westdeutschland	118
Johanna Uekermann · Katharina Schenk Wider die Familienmanagerin	130
Jana Hensel Der ostdeutsche Ich-stehe-meinen-Mann-Feminismus	140
Julia Korbik Junge Frauen im vereinten Deutschland: Gleichberechtigung ja, Feminismus nein?	145

6 |

50 Jahre Deutsche Einheit · Weiter denken – zusammen wachsen

Holger Schmale Ein Sack voll verpasster Chancen Medien als Mittel zur demokratischen Meinungsbildung?	234
Deniz Utlü Wo wir uns suchen Gedanken über Insel- und Wendekinder	240
KAPITEL V Faktor Ostdeutschland – ein Pfund von erheblichem Gewicht Ostdeutschland als Brückenbauer in Europa	
Leitautor: Dietmar Woidke Ostdeutschland als Vermittler in Europa	251
Friedrich Dieckmann Vorsicht, Macht in der Mitte! Deutsch-russische Verhältnisse	261
Petra Erler Vorreiter an Oder und Neiße? Ostdeutschland und die europäische Integration	275
Hans Misselwitz Zurück in Europa Deutschlands europäische Verantwortung	285
Angaben zu den Autorinnen und Autoren	299
Angaben zu den Herausgeberinnen und dem Herausgeber	303

8 |

Aufbau Ost – wie weiter? Fünf Anforderungen an die Diskussion

Vorbemerkung

Der »Aufbau Ost« ist in die Jahre gekommen. Eine gewisse Ungeduld, aber auch Ratlosigkeit macht sich breit. Denn alle Analysen belegen: Der Aufhol- und Angleichungsprozess gegenüber den »alten« Ländern ist zum Erliegen gekommen. Ob Wirtschafts- und Steuerkraft, Einkommen oder Produktivität – die »Neuen« hinken hinterher. Und eine Besserung dieser Situation ist scheinbar nicht in Sicht. Ist also der »Aufbau« gescheitert, geht uns die Puste aus, ist eine Lücke zwischen West und Ost gar systembedingt – wie zahlreiche Experten und Kommentatoren mehr oder minder unverblümt zu verstehen geben? Ist es vielleicht an der Zeit für einen völligen Neustart, eine zündende neue Idee, ein neues Wirtschaftswunder – wie andere meinen? Oder sollte das »Experiment« Aufbau Ost einfach stillschweigend zu den Akten gelegt werden – weil ja sowieso nichts mehr zu retten ist?

Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit dieser Einschätzungen falsch oder zumindest überzogen ist. Der Aufbau Ost ist sehr wohl eine Erfolgsgeschichte, und er kann und sollte als solche geschrieben und verstanden werden. Denn gemessen an dem, was jenseits aller Anfangseuphorien und politischen Euphemismen tatsächlich zu erwarten war, ist uns Deutschen mit dem Aufbau Ost eine erstaunliche und ziemlich einmalige Leistung gelungen. Leider haben wir diese Tatsache im Laufe der Jahre ein wenig aus den Augen verloren. Deshalb ist es genau jetzt höchste Zeit, wieder den Blick dafür zu schärfen.

Allerdings steht auch fest: Für den Aufbau Ost ist gerade einmal Halbzeit. Ein über 40 Jahre gewachsener ökonomischer Rückstand lässt sich, das wissen wir inzwischen, eben nicht schon in der halben Zeit vollständig aufholen. Zu Recht fragen wir uns heute, wo die Reise hingehen soll und hingehen kann – denn zu den bekannten und historisch gewachsenen kommen

neue Probleme und Herausforderungen. Der internationale Wettbewerb wird schärfer, die Fachkräfte werden knapper – und neue »Megatrends« wie die Digitalisierung treten auf den Plan und werden die Art und Weise, wie wir leben, von Grund auf verändern. Sie bestimmen entscheidend mit, wie erfolgreich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland sein wird.

Ob und welche Antworten wir auf diese und andere Herausforderungen finden und wie erfolgreich sie sein werden, hängt wiederum entscheidend davon ab, welchen politischen Stellenwert man Ostdeutschland künftig noch einräumen wird. Was sind angemessene Ziele und Mittel, welchen politischen Leitvorstellungen folgt die innerdeutsche »Ostpolitik«, welchen politischen Umgang mit diesem Thema wollen wir pflegen? Wie lange wird man eine Sonderrolle Ostdeutschlands – angesichts immer größerer struktureller Probleme auch in den »alten« Bundesländern – überhaupt noch reklamieren und das Thema damit als eigenständiges politisches Handlungsfeld rechtfertigen können?

Meine Antwort auf diese Fragen, meine Sicht der Dinge will ich in fünf politischen Thesen oder genauer: fünf politischen »Anforderungen« zusammenfassen. Es geht mir dabei weniger um konkrete Lösungen und Einsichten (die bleiben den Folgebeiträgen dieses Buches vorbehalten), als vielmehr um Vorschläge zur Art und Weise, wie wir die Debatte führen, wie wir uns dabei politisch »verhalten« sollten – Vorschläge dazu also, was man, in Anlehnung an den französischen Philosophen Michel Foucault, als die »Diskurspraxis« bezeichnen könnte.

Die derzeit vorherrschende Diskurspraxis hat in der Konsequenz doch zu folgender Situation geführt: Jenseits der routinemäßigen, amtsoptimistischen »Fortschrittsberichte« und dazwischen gelegentlich aufflackernder berufspessimistischer Medienberichte breiten sich in weiten Teilen der Gesellschaft zunehmend Ungeduld, Unbehagen und Unmut aus – im Westen, weil man irgendwie das Gefühl nicht loswird, es mit einem Fass ohne Boden zu tun zu haben; im Osten, weil man es satt hat, stets und ständig in der Rolle des Bittstellers aufzutreten. Das Thema Ostdeutschland ist zum Non-Thema geworden – was sachlich unangemessen und politisch kontraproduktiv ist. Dem stelle ich deshalb folgende fünf Anforderungen an den weiteren Umgang mit dem Thema »Aufbau Ost« entgegen:

1 Mehr Geduld!

Was jeder Kleingärtner aus eigener Anschauung weiß, sollten wir uns auch in der »politischen Hegekunst« immer wieder vor Augen halten: Blühende Landschaften entstehen nicht über Nacht. Ostdeutschland hat seit 1990 eine rasante und fundamentale Transformation seiner Wirtschaft durchlaufen, bei der, weil es keine Blaupausen gab, auch Fehler passiert sind; die aber andererseits erstaunliche Parallelitäten zu anderen »Episoden« der Wirtschaftsgeschichte aufweist, denen zumindest im Nachhinein erfolgreiche Verläufe attestiert worden sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung der alten Bundesrepublik beispielsweise ist – zumindest teilweise befördert durch ein großes Wiederaufbau- und Transferprogramm, den amerikanischen Marshallplan – gekennzeichnet durch ein schnelles Wachstum in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, gefolgt von einer allmählichen Konjunkturverlangsamung ab den 1970er-Jahren und einem ab etwa diesem Zeitpunkt zunehmend häufiger auftretenden Wechsel konjunktureller Auf- und Abschwünge. Zwischen 1950 und 1970 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland (ohne Saarland und Berlin, in Preisen von 1991) von umgerechnet 218 auf 789 Milliarden Euro um etwa das 3,6-Fache an. Allein im ersten Jahrzehnt lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum bei erstaunlichen 8,2 Prozent. Allerdings: So erfolgreich die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung war – die Wachstumsrate sank danach von Dekade zu Dekade. Im Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt dann durchschnittlich noch um (ebenfalls hervorragende) 2,6 Prozent.¹

Der Vergleich dieser Entwicklung mit jener in Ostdeutschland zeigt erstaunliche Parallelen auf: Auch hier stieg das Bruttoinlandsprodukt am Anfang überdurchschnittlich an – laut Bundeswirtschaftsministerium zwischen 1991 und 2013 von 172 auf 410 Milliarden Euro, was immerhin einem Zuwachs um das 2,4-Fache entspricht. Auch hier lag das Wirtschaftswachs-

1 Bundeszentrale für politische Bildung: Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. – www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all.

tum im ersten Jahrzehnt besonders hoch bei durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr. Auch wenn die Entwicklungen hier und da nicht in jeder Hinsicht vergleichbar sein mögen – was sich allerdings vor allem quantitativ zum Beispiel in niedrigeren Wachstumsraten und kürzerer Dauer des ostdeutschen »Anfangsbooms« niederschlägt –, so zeigt sich doch eines sehr klar: Ostdeutschland weicht von dem üblichen Muster nachholender Wirtschaftsentwicklung, das sich in vielen Gesellschaften nach einem »sozioökonomischen Urknall« nachweisen lässt, keineswegs ab. Es gibt daher keinen Grund anzunehmen, dass der Aufbau Ost gescheitert sei.

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt auch der Wirtschaftsforscher Karl-Heinz Paqué in einer Analyse, die in der vom Thüringer Wirtschaftsministerium herausgegebenen Schriftenreihe »Thüringer Memos« erschienen ist.² Mit Blick auf die fünf postsozialistischen Länder Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien weist er darauf hin, dass der Weg zu deutschen – auch ostdeutschen – ökonomischen Verhältnissen in diesen Transformationsgesellschaften noch sehr weit ist. Dies betrifft wichtige Wirtschaftsindikatoren wie Arbeitsproduktivität ebenso wie die Bruttolöhne oder die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. In allen diesen Bereichen liegt das Gebiet der ehemaligen DDR deutlich vor den einstigen osteuropäischen »Bruderstaaten«. So kommt Paqué zu dem Fazit: »Wenn in Ostdeutschland heute die großen wirtschaftlichen ... Ziele der Deutschen Einheit noch immer nicht erreicht sind, dann ist dies keineswegs einem missratenen deutschen Sonderweg der Politik zuzuschreiben, wie dies gelegentlich auch heute noch von namhaften Ökonomen behauptet wird. Vielmehr ist das Bild, das sich heute abzeichnet, das Ergebnis dessen, was man den langfristigen »Flurschaden« der sozialistischen Planwirtschaft nennen könnte.«³

Die Folgen des Zweiten Weltkriegs und von 40 Jahren Teilung haben im Osten Deutschlands besonders tiefe Spuren hinterlassen. Sie zu überwinden, braucht ganz offenbar mehr Zeit als die 25 Jahre, die bisher vergangen sind – vielleicht sogar mehr als die 40 Jahre, die die alte Bundesrepublik für ihren

2 Karl-Heinz Paqué: Gewachsen, aber gefährdet: Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz der Deutschen Einheit für Mitteldeutschland und Thüringen, anno 2013. Reihe Thüringer Memos, 2. Erfurt, September 2013.

3 Ebd., S. 35 f.

eigenen erfolgreichen »Aufbau West« zur Verfügung hatte. Deshalb werbe ich für mehr Gelassenheit und vor allem Geduld bei der Beurteilung der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung. Nein, wir sind noch nicht am Ziel. Aber das ist kein Ausdruck des Scheiterns, sondern in gewisser Weise völlig normal.

2 Kurs halten!

Würde man den Aufbau Ost als die Erfolgsgeschichte schreiben, die er ist, dann würde sie sich – in wenigen Stichworten – ungefähr so lesen: Innerhalb von nur 25 Jahren ist die alte DDR-Planwirtschaft durch eine in weiten Teilen auch international wettbewerbsfähige Marktwirtschaft abgelöst worden. Im Zuge einer durchgreifenden Re-Industrialisierung nach dem Herbst '89 sind vier Fünftel der Unternehmen, die heute in Ostdeutschland aktiv sind, neu entstanden und haben sich in einem saturierten Marktumfeld und gegen etablierte Wettbewerber mit ihren Produkten und Dienstleistungen behauptet. Im Ergebnis liegt die Wirtschaftsleistung je Einwohner in Ostdeutschland heute bei knapp 70 Prozent, die Produktivität und Kapitalausstattung der ostdeutschen Wirtschaft bei rund 80 Prozent des Westniveaus; die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in den neuen Ländern hat sich gegenüber dem Höchststand 1997 inzwischen auf neun Prozent halbiert, und bei der Erwerbstätigenquote liegen sie mit 72 Prozent gleichauf mit den alten Bundesländern – in Thüringen wird dieser Wert sogar übertroffen.

Mit etwas Mut zur Vereinfachung könnte man also sagen: In der Hälfte der Zeit haben wir beim Aufbau Ost bereits deutlich mehr als die Hälfte des Wegs zurückgelegt. Die Richtung stimmt! Dies anzunehmen, bedeutet dabei keineswegs, Fehlsteuerungen der Vergangenheit oder die Herausforderungen der Zukunft auszublenden. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Auch dass der Weg zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gerade auf den letzten Metern wieder steiniger und steiler werden würde, war zu erwarten: Die Anfangseuphorie ist weg; hohe Transferleistungen zehren an der Substanz; neue Probleme und Aufgaben erzeugen Druck in Richtung einer anderen Prioritätensetzung und Ressourcenallokation.

Umso wichtiger ist es, jetzt beim Aufbau Ost nicht einfach »den Stecker zu ziehen«. Was wir brauchen, ist eine Stabilisierung, Fortführung und Kon-

Tatsächlich stellt heute, nach dem Nachweis des sogenannten »Higgs-Teilchens«, niemand mehr ernsthaft den Sinn der für den Bau des LHC notwendigen Investitionen infrage. Zugleich sieht man an diesem Beispiel, was durch eine langfristig angelegte und durchgehaltene Bündelung von Kräften und Ressourcen tatsächlich erreicht werden kann. Die Parallelität zum Thema »Aufbau Ost« ist augenfällig. Verantwortliche Politik ist gerade jetzt, während der momentanen »Durststrecke« gefragt. Wenn sich am Ende der Erfolg einstellt, dann – daran habe ich keinen Zweifel – sind wieder alle mit dabei.

3 Mehr Selbstbewusstsein!

Für die Beurteilung der Fortschritte und Erfolge beim »Aufbau Ost« gibt es nur eine akzeptierte Messlatte: Westdeutschland. Der Ost-West-Vergleich dominiert die Debatte. Das ist grundsätzlich gerechtfertigt – Deutschland ist schließlich *ein* (wiedervereinigtes) Land mit dem Anspruch auf eine weitgehend einheitliche Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung –, aber ein passat wird damit auch ein Moment ständiger Unerfüllbarkeit oder Unzulänglichkeit in die Debatte eingeführt. Würde man Bücher und Aufsätze zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern auf häufig vorkommende Begriffe analysieren und in ein Ranking einsortieren, so hätten Wörter wie »Angleichung«, »Aufholen« oder »Konvergenz« sicherlich gute Chancen auf vordere Plätze (vermutlich sieht das bei den Texten in diesem Buch nicht viel anders aus). Der »Aufbau Ost« ist im kollektiven Bewusstsein zur nie enden wollenden Aufholjagd geworden. Und wenn im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands von Stagnation oder Scheitern die Rede ist, dann immer im Hinblick auf das »Westniveau«.

Dass man den Vergleichsmaßstab durchaus auch anders wählen kann, haben wir oben mit Blick auf andere postsozialistische Transformationsökonomien in Osteuropa gesehen. Auch ist »Westdeutschland« selbst kein homogener Block und Maßstab, was sich zum Beispiel daran zeigt, dass es auch dort strukturschwächere Flächenländer gibt, die kontinuierlich unter dem »Westniveau« liegen und eben auch nicht »aufholen«. Niemand ist bisher ernsthaft auf den Gedanken gekommen, die Entwicklung dieser Länder als gescheitert zu bezeichnen.

zentration auf die im Kern bewährten Mittel und Methoden. Sie sind das Fundament, auf denen auch die bisherigen Erfolge beruhen. Wir haben ja weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Handlungs- und zunehmend auch ein Legitimierungsproblem für alles, was »Aufbau Ost« heißt. Dabei sind die Probleme bekannt, die Befunde der vielen Analysen und Studien ähneln sich frappierend – in Stichworten: kleinteilige Wirtschaftsstruktur, verlängerte Werkbänke, fehlende Wachstumszentren, zu geringe Forschungs- und Exportaktivitäten, hohe Bevölkerungsverluste und Fachkräftemangel bei gleichzeitig starker Überalterung. Auch die Rezepte dagegen liegen auf dem Tisch, sie wirken allerdings nicht über Nacht: erstens, eine wirksame Investitions- und Forschungsförderung für Neuanstellungen, Unternehmenswachstum und höhere Wettbewerbsfähigkeit; zweitens, eine gezielte, unternehmensnahe Qualifizierung und die Organisation von Zu- und Rückwanderung sowie drittens eine Regionalpolitik, die auf regionale Stärken und die Schaffung regionaler Wachstumspole fokussiert.

Vor uns liegen die Mühen der Ebene. Es geht jetzt um Kontinuität, Optimierung und viel Detailarbeit – nicht um Wunder und immer neue Heilsversprechen. Davon gab es in den letzten 25 Jahren mehr als genug. Mein Appell lautet deshalb: Kurs halten! Mit einer echten wirtschaftlichen Angleichung ist nicht in wenigen Jahren, sondern eher in Jahrzehnten zu rechnen. Das zu vermitteln und für die nötige »Fortführung« der Unterstützung zu werben, ist eine schwierige Aufgabe für die Politik, denn es klingt wenig einfallreich und lässt sich schlecht »verkaufen« – aber es führt aus meiner Sicht kein Weg daran vorbei.

Vom ehemaligen Generaldirektor des europäischen Kernforschungszentrums CERN, Rolf-Dieter Heuer, in dessen Zeit auch der Bau des weltweit größten Teilchenbeschleunigers – des Large Hadron Colliders (LHC) – fiel, habe ich einmal gelesen, wie er seine eigentliche Aufgabe in dieser Funktion definierte. Sinngemäß sagte er: Er sei solange gefragt, wie die erhofften Entdeckungen und wissenschaftlichen Durchbrüche ausblieben. Denn so lange müsse er das viele Milliarden Euro teure Projekt immer und immer wieder erklären, dafür werben und die geldgebenden staatlichen Institutionen bei Laune halten. In dem Augenblick, in dem die ersten Sensationen zu vermelden seien, habe sich seine Aufgabe quasi erledigt.

Auch Ostdeutschland hat jeden Grund für mehr Selbstbewusstsein. Vieles ist gelungen, in vielen Vergleichen schneidet unsere Region hervorragend ab. Ich plädiere dafür, mehr ostdeutsche Eigenständigkeit und mehr Selbstbewusstsein zuzulassen. Dazu zählt, die eigenen Interessen mit *einer* Stimme deutlich zu artikulieren oder große gemeinsame Ziele und Leitprojekte zu entwickeln, an denen wir gemeinsam wachsen, ein gemeinsames Bewusstsein und Image entwickeln können – beispielsweise in der Energiewende, in der digitalen Revolution, in der Kreativwirtschaft oder in der Zuwanderungspolitik. Dazu zählt auch, uns den Blick nicht durch die üblichen holzschnittartigen und kaum mehr hinterfragten Raster und Vergleiche einengen zu lassen, sondern uns stärker nach unabhängigen Maßstäben und »intrinsischen« Bewertungskategorien zu definieren: etwa über solide öffentliche Haushalte, herausragende Forschungs-, Bildungs- und Kulturleistungen oder die besondere und systematisch geförderte Offenheit für Gründer, Unternehmer, »Anpacker«.

Unser Selbstbewusstsein müssen wir uns übrigens auch nicht durch den Hinweis auf die gewaltigen finanziellen Ressourcen schmälern lassen, die der Aufbau Ost bisher tatsächlich gekostet hat. Einige Anmerkungen dazu seien mir als Ehemaligem auch für den »Aufbau Ost« zuständigen Bundesminister an dieser Stelle gestattet. Richtig ist: Bis heute wurden in Ostdeutschland einschließlich Berlins umgerechnet mehr als drei Billionen Euro aufgewendet.⁴ Richtig ist aber auch: Bei mehr als 70 Prozent dieser Mittel handelt es sich um Sozialtransfers, die auf bundesweit geltenden Regelungen basieren und unabhängig von geografischer Lage und Region greifen. Rechnet man Einnahmen des Bundes und der Sozialversicherungen durch Beiträge und Abzüge dagegen und zieht überdies jene Mittel ab, die der Erfüllung bundesstaatlicher Aufgaben dienen (Verwaltung, Finanzierung von Bundesbehörden, Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung), bleibt ein Nettosozialtransfer von 1,4 Billionen Euro übrig. Die dem »Aufbau Ost« *direkt* zurechenbaren ostspezifischen »investiven« Leistungen belaufen sich seit 1991 dann noch auf ungefähr 256 Milliarden Euro – das heißt circa 13 Mil-

⁴ Diese und nachfolgendes Zahlenmaterial aus: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (Hg.): Zukunft Ost. Analysen, Trends, Handlungsempfehlungen. Kurzfassung einer Studie der Roland Berger Strategy Consultants GmbH. Erfurt, August 2012.

liarden Euro pro Jahr oder knapp 20 Prozent der gesamten Nettotransfersumme. Zum Vergleich: Der Etat des Bundesarbeitsministeriums beläuft sich in diesem Jahr auf gut 125 Milliarden Euro.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen: Seit dem Herbst '89 hat eine Binnenwanderung von Ost nach West von im Saldo etwa einer Million Menschen stattgefunden. Als Fachkräfte fehlen sie (zumindest ein Großteil von ihnen) bis heute im Osten und sie erhöhen auf der anderen Seite die Steuer- und Kaufkraft der westdeutschen Länder.

Warum weise ich so explizit darauf hin? Ganz sicher nicht, um die Leistungen und Ressourcen, die der Westen Deutschlands für die neuen Länder aufgebracht hat, in irgendeiner Weise zu schmälern oder in Abrede zu stellen. Es geht mir aber darum, zur Versachlichung einer oftmals sehr emotional geführten Debatte um die »goldenen Bürgersteige« im Osten beizutragen. Keine Frage: Es ist viel Geld von West nach Ost geflossen. Aber dieses Geld ist, wie man heute an ostdeutschen Innenstädten, Straßen, Gewerbegebieten und Energieinfrastrukturen erkennen kann, gut angelegt. Das dürfen wir mit der gebotenen Dankbarkeit, aber auch einem gewissen Selbstbewusstsein behaupten.

4 Mehr Differenzierung zulassen!

In der öffentlichen Diskussion um das Thema »Aufbau Ost« werden die neuen Länder oftmals als eine einheitliche, weitgehend homogene (Wirtschafts-)Region wahrgenommen. Das ist insofern richtig, als die fünf Bundesländer im Osten durch einen gemeinsamen Transformationsprozess verbunden sind und sich ihre Wirtschaftsstrukturen und wirtschaftlichen Probleme ähneln. Schaut man aber genauer hin, dann stößt man auch auf deutliche Unterschiede – etwa hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Profile und der spezifischen sozioökonomischen Herausforderungen, vor denen sie stehen.

Das lässt sich zum Beispiel an den Betriebsgrößen festmachen: In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ist die Kleinteiligkeit der Wirtschaft viel stärker ausgeprägt, vier Fünftel der Industrieumsätze werden hier von kleinen und mittleren Unternehmen erwirtschaftet, die weniger als 500 Mit-

25

von gestern wird zur Suche nach dem eigenen Weg. Meine Vision von Ostdeutschland ist die eines »Zukunftslabors«, aus dem die politischen Konzepte für die Herausforderungen und Probleme von morgen kommen; denn diese Herausforderungen und Probleme werden eben zuallererst hier spürbar und virulent.

5 Visionen entwickeln!

Zukunft ist offen. Sie kann gestaltet werden. Dafür braucht es Leitbilder und Visionen. Wir alle sind aufgefordert, in der Debatte um den »Aufbau Ost« solche Leitbilder zu entwickeln. Meine Vision von Ostdeutschland als »Zukunftslabor« beruht auf der bisherigen Analyse, aber insbesondere auch auf folgenden Überlegungen:

Neben der zu Recht immer stärkeren Ausdifferenzierung und Profilbildung der ostdeutschen Länder bleiben drei entscheidende und prägende Gemeinsamkeiten bestehen, die in öffentlichen Wahrnehmungen und wissenschaftlichen Debatten allerdings mehrheitlich noch immer negativ konnotiert werden: erstens, die Erfahrung und Gewohnheit des Umbruchs. Die Geschichte Ostdeutschlands in den letzten 70 Jahren ist, stärker als anderswo, eine Geschichte der Diskontinuität und gesellschaftlichen Umbrüche. Als Konsequenz dieser wiederkehrenden Diskontinuität wird der ostdeutschen Bevölkerung oftmals ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit, Innovationskraft und vor allem Experimentierfreudigkeit unterstellt, andererseits wird sie dort aber auch als ermüdend und herausfordernd empfunden.

Zweitens: Es gibt eine Gemeinsamkeit hinsichtlich der sozio geografischen Struktur der neuen Länder. Die Dominanz des ländlichen Raumes, die Strukturschwäche von Regionen, die geringe Zahl von Ballungszentren, die als Magneten fungieren, und die damit verbundene demografische Entwicklung und negative Wanderungssalden erweisen sich als immer wieder beklagte Standortnachteile. Insofern diese Strukturen allerdings exemplarisch sind für große Teile Deutschlands und Europas, bietet sich aus meiner Sicht auch eine große Chance – die Chance nämlich, hier neue Ansätze zu entwickeln, mit denen vermeintliche Nachteile in Standortvorteile umgemünzt werden können.

27

arbeiter haben. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg liegt dieser Anteil bei weniger als zwei Dritteln. Das lässt sich auch an der Internationalität der Unternehmen festmachen: Liegt der Exportanteil in Mecklenburg-Vorpommern bei etwa 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so kommt Sachsen am anderen Ende der Skala auf 26 Prozent und damit deutlich näher an den Bundesschnitt von 31 Prozent heran. Auch die demografischen Prognosen unterscheiden sich deutlich. So profitiert Brandenburg stark von der Anziehungskraft Berlins und verliert im Bevölkerungsszenario des Bundesamts für Statistik bis 2030 deshalb mit acht Prozent nur halb so viele Einwohner wie etwa Sachsen-Anhalt, für das ein Rückgang um 16 Prozent vorausgesagt wird.

Schließlich sind auch die Branchenprofile je nach Land sehr unterschiedlich: Dominiert in Mecklenburg-Vorpommern die Nahrungsmittelindustrie, sind es in Sachsen-Anhalt die Chemiebranche und der Fahrzeugbau in Sachsen. Brandenburg und Thüringen sind breiter aufgestellt, wobei allerdings in Thüringen »klassische« Industriezweige wie die Metallverarbeitung, der Maschinenbau und auch der Automobilssektor deutlich stärker ausgeprägt sind.

Kurzum: Sachsen ist nicht Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen nicht Brandenburg – jedenfalls nicht in jeder Hinsicht. Ich werbe dafür, diese Differenzierung zuzulassen und in der aktuellen Debatte um den »Aufbau Ost« stärker zu berücksichtigen. Von den individuellen Potenzialen oder »Settings« der einzelnen Regionen hängt ihre weitere wirtschaftliche und technologische Entwicklung ab. Sie können und müssen deshalb für eine stärkere Profilbildung und eine Fokussierung der künftigen Förderpolitik genutzt werden.

Denn: Die klassische »Aufholagenda« der ersten Halbzeit des »Aufbaus Ost« hat sich aus meiner Sicht weitgehend erschöpft. Künftig wird es für die neuen Länder viel mehr darum gehen, eigenständige wirtschaftliche Profile zu entwickeln und neue Leitmärkte für sich zu erschließen. Beide Sichtweisen – mehr Differenzierung, aber auch eine gemeinsame ostdeutsche Eigenständigkeit – stehen gleichberechtigt nebeneinander. In der politischen Unterstützung dafür müssen wir Kurs halten, aber das Zielsystem doch immer wieder nachjustieren – darum geht es. Die simple Imitation der Westländer trägt nicht länger als wirtschaftspolitisches Konzept. Die »Aufholjagd«

26

Die dritte Gemeinsamkeit besteht in der heutigen geopolitischen Lage des Ostens Deutschlands. Vor 1990 gab es schlicht kein »Mitteleuropa«. Heute ist Mitteleuropa vor allem Ostdeutschland. Diese neue Brückenfunktion, die erst seit der Wiedervereinigung richtig zur Geltung kommen kann, muss vor allem eine kommunikative, eine Funktion des freien Austauschs und der Interaktion sein – statt als Durchgangshalt für den *Brain drain* und zur Gewinnung »billiger« Arbeitskräfte von unseren östlichen Nachbarn.

Zusammengenommen bildet diese Ausgangslage ein ganz hervorragendes Gerüst für ein »Zukunftslabor«, das Antworten auf entscheidende Zukunftsfragen liefern kann und muss. Die Erfahrung der Diskontinuität bereitet den Boden für den Umgang mit neuen, globalen Herausforderungen und Entwicklungen. Nehmen wir das Beispiel der Digitalisierung der Gesellschaft. Der Begriff »Gesellschaft« ist an dieser Stelle ganz bewusst gewählt, da es immer um mehr geht und gehen muss als den Einsatz von Informationstechnologie in den Unternehmen. Wer die Chancen der wachsenden Digitalisierung nutzen will, muss ihr gesamtgesellschaftliches Potenzial erkennen. Gerade im »Second Machine Age«⁵ kommt den Menschen dabei eine zentrale Rolle zu – als Entwickler, Gestalter und Koproduzenten. Das heißt: Es kann und muss darum gehen, die Digitalisierung in Einklang zu bringen mit neuen Gesellschaftsmodellen und neuen Formen des Zusammenlebens. Ostdeutschland kann ein Testlabor genau dafür sein, wie man Bedürfnisse sinnvollerweise mit technologischen Möglichkeiten verknüpft – und dies nicht zuletzt im Hinblick darauf, wie man Lebensqualität in strukturschwachen Regionen erhalten und verbessern kann.

Dabei wollen wir nicht ausschließlich von der *smart city* sprechen, sondern insbesondere vom *smart citizen*, der auch außerhalb der großen Städte Technologie als Ergänzung, Hilfsmittel und als Lebensbereicherung nutzt. Die Digitalisierung der Gesellschaft kann, gerade in Ostdeutschland, Antworten liefern auf Fragen wie diese: »Welche Auswirkungen haben technologische Veränderungen auf das gesellschaftliche Miteinander?«, »Wie können wir darauf reagieren bzw. sie zu unserem Vorteil nutzen?« oder: »Wie können wir sie zur Problemlösung einsetzen?« Ostdeutschland war in den 1990er-Jah-

5 Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2014a): The Second Machine Age: Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies, New York.

28

ren »Labor« und Testfeld für Stadtentwicklung und Stadtstrukturierung. Künftig können wir Labor dafür sein, wie man mithilfe der Digitalisierung die Grenzen zwischen Stadt und Land jedenfalls teilweise wieder verschwinden lässt, neue Lebensräume und Lebensqualitäten schafft und gleichzeitig mithilfe modernster Technik auch Daseinsvorsorge aufrechterhält oder wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Leben fördert.

Das gilt gleichermaßen für die Frage nach *Guter Arbeit* – auch hier waren (und sind) wir seit der Wiedervereinigung ein Labor dafür, wie es gelingen kann, kontinuierlich und nachhaltig die Bedeutung von *Guter Arbeit* als gemeinsames Projekt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder zu erhöhen. Das ist umso bemerkenswerter, weil wir es gleichzeitig geschafft haben, die enorm hohe Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands von weit über 20 Prozent nach 1990 um weit über die Hälfte zu senken. Mit der Gefahr, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt zur nächsten großen Verdrängung von Arbeit führen wird, deutet sich dabei schon das nächste große Thema an, für das Lösungen und Konzepte gebraucht werden. Auch hier kann Ostdeutschland zeigen, wie man den Menschen dennoch angemessene und lohnbringende Arbeit zur Verfügung stellen kann.

An dieser Stelle drängt sich auch die Frage nach dem drohenden Fachkräftemangel auf. Laut einer aktuellen Studie⁶ wird für das Jahr 2030 eine Arbeitskräftelücke zwischen 5,8 und 7,7 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland prognostiziert, davon zwischen 1,3 und 1,6 Millionen fehlende Erwerbspersonen allein in den neuen Ländern. Es lässt sich erkennen, dass gerade bezüglich des ländlichen Raumes, ähnliche Problemlagen in Gesamtdeutschland aufzufinden sind. Allerdings ist, wie oben angedeutet, keine Region in Deutschland so sehr von der demografischen Entwicklung betroffen wie Ostdeutschland. Auch in dieser Frage kann und sollte es uns gelingen, Lösungsstrategien aufzuzeigen und neue Antworten zu liefern.

Ansätze dafür liegen vor: Es bedarf als Erstes einer konkreten, überregionalen und koordinierten Einwanderungsstrategie in eine moderne, tolerante und internationale Gesellschaft. Es wird zum Beispiel darum gehen, den zahlreichen internationalen Studierenden an unseren Universitäten adäqua-

6 Boston Consulting Group: Die halbierte Generation. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und ihre Folgen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Mai 2015.

gehen. Denn fest steht auch: Es entstehen buchstäblich Freiräume, die wir nutzen und erhalten sollten. Schon jetzt zeigen Indikatoren wie das Hochschulranking: Die kreativsten Zentren Deutschlands liegen im Osten, und zwar nicht nur in Berlin und Leipzig, sondern zum Beispiel auch in Weimar⁷. Die Europäische Kulturhauptstadt des Jahres 1999 belegt im ADC-Ranking 2015 Platz zwei der kreativsten Hochschulstädte Deutschlands. Kein Beweis, aber doch ein Indiz dafür, dass wirklich Neues nicht ausschließlich unter dem Druck und der Hektik der Großstädte, sondern oft eben dort entsteht, wo Ideen den nötigen Raum und auch die nötige Zeit haben, um zu entstehen und wachsen zu können. Das ist eine große Chance für Ostdeutschland, denn wir wissen aus der Geschichte – zum Beispiel mit Blick auf das Bauhaus in Weimar und später in Dessau –, dass dieser Raum durchaus attraktiv sein kann, wenn es gelingt, eine neue Avantgarde zu gewinnen und die nötigen Räume, Anlässe, Umfelder für Arbeit und Gedankenaustausch zu generieren. Diese Räume sind vorhanden, sie werden bereits genutzt und generieren ein dynamisches, junges und offenes Image vom Osten Deutschlands. Das zeigt Berlin, das zeigt Leipzig, das zeigen Erfurt und Weimar, aber auch Schmalkalden⁸ oder Lärz⁹.

Dieser Imagewandel verkörpert beispielhaft, wohin die Reise für Ostdeutschland gehen kann und gehen wird. Er zeigt, dass es keinen Grund gibt, sich zurückzulehnen, aber auch keinerlei Anlass für Verdruss und Lethargie. Er lässt viel mehr erkennen, wie es uns Ostdeutschen mit Kreativität und Tatkraft auch unter schwierigen Umständen gelingen kann, das nächste Kapitel einer Geschichte der Diskontinuität aufzuschlagen und erfolgreich zu meistern, Freiräume zu nutzen und selbstbewusst unseren Platz in der Mitte Europas einzunehmen und auszufüllen.

7 Weimar belegt im ADC-Ranking 2015 Platz zwei der kreativsten Hochschulstädte Deutschlands.

8 Wellcome back. International Streetart in der »Provinz«, als Freiraum für Kunst und Kreativität.

9 Größtes alternatives Kunst- und Kulturfestival, mit Theater und Performance Kunst Deutschlands auf dem ehemaligen sowjetischen Militärflugplatz bei Lärz in Mecklenburg-Vorpommern.

te Perspektiven hier vor Ort und gleichzeitig den zahlreichen Asylsuchenden Ausbildungs-, Berufs- und ernst gemeinte Zukunftschancen zu bieten. Frei nach Max Frisch: »Wir rufen Arbeitskräfte und es kommen Menschen, Freunde und Kollegen.« Dabei geht es in einigen Regionen zwangsläufig zunächst um den Aspekt einer »doppelten« Integration, die nicht nur die Integration der Menschen aus anderen Staaten, sondern auch eine weitere Öffnung der Bevölkerung für eine tolerante und demokratische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zum Ziel hat. Diese Aufgabe kann eine Blaupause dafür sein, wie gelebte Internationalität, Offenheit, Solidarität und Toleranz auch im ländlichen Raum zur Normalität werden und flächendeckend Teil unseres Wertesystems und demokratischen Selbstverständnisses sein können.

Der zweite Aspekt, der mit der demografischen Entwicklung in den nächsten 20 bis 30 Jahren einhergeht, besteht darin, die freierwerdenden Räume und Flächen und schrumpfende Siedlungsstrukturen tatsächlich auch als »Frei-Räume« zu erkennen, zu definieren und zu nutzen. Es wird, anders gesagt, darum gehen, den dünn besiedelten ländlichen Raum stärker mit den vorhandenen Wachstumspolen und Verdichtungsräumen (Berlin, Leipzig-Halle, Dresden, Erfurt-Weimar-Jena) als Ankerstädte zu verbinden. Dafür sind integrative und regional orientierte Konzepte erforderlich, die sich weniger an Länder- und Kreisgrenzen orientieren, sondern zunehmend in bestehenden Innovations- und Interaktionsnetzwerken wirken und wachsen. Dazu gehören unter anderem eine integrierte und demokratische Stadt-Land-Entwicklung (angelehnt etwa an die »Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt«) mit regionalen Bürgerbudgets und verstärkter lokaler Bürgerbeteiligung; die Schaffung und Nutzung von regionalen »Zukunftsfonds«; neue, an den Metropolen als Ankerzentren ausgerichtete Infrastruktur- und Verkehrskonzepte; die Verbindung und gewinnbringende Verknüpfung von Mittelstand und Kreativwirtschaft; sowie nachhaltige und koordinierte Energiekonzepte.

Wir dürfen uns dabei nicht täuschen lassen: Eine vollständige Kompensation oder Umkehr der demografischen Entwicklung wird es nicht geben – auch wenn es zumindest gelingen kann und teilweise auch bereits gelungen ist, die Abwanderung der ersten zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution zu stoppen oder sogar umzukehren. Die demografische Entwicklung lässt sich nicht stoppen – wir können aber mit ihr in geeigneter Weise um-

Iris Gleicke

Mühen in unseren Ebenen

Anmerkungen zur Vollendung der sozialen Einheit

Vor einem Vierteljahrhundert haben die Ostdeutschen mit einer friedlichen Revolution eine üble, spießige Diktatur hinweggefegt, die Mauer niedergeworfen und der Wiedervereinigung den Weg geebnet. In jenen Tagen hätte sich wohl kaum jemand in Ost und West träumen lassen, wie rasch Ernüchterung und Enttäuschung an die Stelle von Begeisterung und Euphorie treten sollten. Allzu schnell fand sich das vereinte Deutschland in den Mühen der Ebene wieder und richtete sich dort mehr oder minder häuslich ein. Hüben wie drüben fühlte (und fühlt) man sich von der jeweils anderen Seite falsch verstanden und ungerecht behandelt. Im Osten brach die ohnehin schwer gebeutelte Industrie schon bald nach der Wirtschafts- und Währungsunion fast völlig zusammen; hinzu kamen abenteuerliche und investitionshemmende Fehlentscheidungen wie das Prinzip der »Rückgabe vor Entschädigung«¹ und eine Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt, die angesichts hoher Betriebsverluste der ihr übertragenen Unternehmenseinheiten das Heil vor allem in schneller Abwicklung ohne große Rücksicht auf Verluste sah. Massenarbeitslosigkeit und -abwanderung waren die Folge. Die Alteigentümer, die zum Teil tatsächlich unangemeldet und mit Zollstöcken bewaffnet »ihre« Häuser, Grundstücke und Wohnungen in Augenschein nehmen wollten, die Gebrauchtwagenverkäufer, Versicherungsvertreter und sonstigen Glückritter prägten durchaus nachhaltig das Bild des »Beutewessis« und gaben der an-

1 Zahlreiche Entscheidungen aus der Frühphase des Vereinigungsprozesses mussten im späteren Verlauf nach- oder umgesteuert werden. In mancher Hinsicht hatte man sich einfach geirrt oder zu hoffnungsvoll agiert, etwa mit Blick auf die demografische Entwicklung, in anderen Fällen muss man klar von ideologischer Verblendung und Unbelehrbarkeit der damaligen konservativ-liberalen Bundesregierung sprechen. Das gilt in besonderer Weise für die Durchsetzung des Prinzips »Rückgabe vor Entschädigung«: Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an das »Hemmnisbeseitigungsgesetz« vom März 1991 und an das »Investitionsvorranggesetz« vom Juli 1992, mit denen man dem selbst angerichteten Schlamassel einigermassen beizukommen versuchte. Aber all das ist vergossene Milch.

fänglich doch so guten Stimmung alsbald den Rest. So hatten sich die Ostdeutschen die soziale Marktwirtschaft nicht vorgestellt. Im Westen hingegen war man sehr bald enttäuscht über die undankbaren Landsleute aus dem Osten, denen man schließlich nicht nur die D-Mark, sondern überdies ein komplettes Rechts-, Sozialversicherungs-, Gesundheits-, Wissenschafts- und sonstiges System samt Ämtern und dem dazugehörigen Personal geschenkt hatte. Aber statt sich in Demut oder zumindest Bescheidenheit zu üben, empörten sich die Ostdeutschen über den Verlust ihrer Arbeitsplätze und die wachsende soziale Unsicherheit und demonstrierten und streikten. Vollends verstörend war für die Konservativen im Westen das Beharren der Ostfrauen auf ihren Rechten, auf ihren Arbeitsplätzen und auf der Fristenlösung beim § 218. Als der »Spiegel« im Februar 1995 das »Milliardengrab Aufschwung Ost« aufdeckte (das Titelbild zeigte einen Sterntaler mit zerrissenem Hemdchen, durch dessen Löcher die Goldmünzen sinnlos auf den Boden kullerten), war das Maß voll. So hatten sich die Westdeutschen die Wiedervereinigung nicht vorgestellt. Zwar befand der »Spiegel«, »Neid und Missgunst gegenüber den Ostdeutschen« seien freilich »nicht angebracht«, weil ohne »die gewaltigen Geldtransfers – satte 840 Milliarden Mark bis Ende 1995 – [...] der beispiellose Zusammenbruch der alten Wirtschaftsstrukturen sozial nicht zu verkraften gewesen« wäre², aber mit den ganz großen Solidaritätsbekundungen war es trotzdem vorbei.

Diese ersten gemeinsamen Jahre wurden prägend für das Lebensgefühl einer ganzen Generation, die mit großen Hoffnungen und Träumen in das wiedervereinigte Deutschland gestartet war und sich in einem Labyrinth wiederfand, in dem man sich mühsam voran tasten musste und in dem nicht wenige ins Taumeln und Straucheln gerieten und zu Fall kamen. Umso ermutigender ist es, wenn heute 77 Prozent der Ostdeutschen und 62 Prozent der Westdeutschen die Wiedervereinigung für sich persönlich als Gewinn betrachten³. Hat also die Zeit zumindest die meisten Wunden geheilt? Es scheint so. Und dennoch sind die Bilder von damals präsent und entfalten

2 DER SPIEGEL 7/1995, S. 50.

3 Vgl. Everhard Holtmann, Oscar W. Gabriel, Jürgen Maier, Michaela Maier, Tobias Jaeck, Melanie Leidecker: Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Abschlussbericht, Februar 2015, S. 36 f.

ihre Wirkungsmacht immer wieder aufs Neue, spätestens dann, wenn mal wieder die Kosten für die Einheit errechnet werden und astronomische Summen die öffentliche Debatte beherrschen – den Rekord halten bislang die knapp zwei Billionen Euro, von denen die »Welt am Sonntag« im Mai 2014 zu berichten wusste⁴. Es wird, so steht zu befürchten, nicht die letzte zweifelhafte Rechnung dieser Art gewesen sein.

Wer von derlei unbeirrt für Gerechtigkeit sorgen und die Vollendung der sozialen Einheit weiter vorantreiben will, muss sich auf dreierlei konzentrieren: erstens auf die Stärkung der Wirtschaftskraft im Osten, zweitens auf die Angleichung der Löhne und Renten und drittens auf einen fairen Finanzausgleich mit einer Förderung der strukturschwachen Regionen in Ost und West.

Der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder hat sich deutlich abgeschwächt⁵, böse Zungen könnten mit einem gewissen Recht behaupten, der Aufholprozess sei längst zum Erliegen gekommen. Tatsache ist, dass die ostdeutsche Wirtschaftskraft der im Westen nach wie vor deutlich hinterher hinkt, und das gilt auch im Vergleich zu den wirtschaftsschwächeren westdeutschen Ländern. Das bedeutet ganz konkret weniger Steuereinnahmen und geringere Beschäftigungs-, Einkommens- und Karrierechancen. Diese Diskrepanz hat strukturelle Ursachen: Die ostdeutschen Länder sind stärker ländlich geprägt, sie haben weniger Großstädte und Metropolregionen; ihre neu aufgebaute Wirtschaftsstruktur ist insgesamt sehr viel kleinteiliger als die im Westen, was sich wiederum auf die Arbeitsproduktivität und die Einkommen auswirkt: Denn hoch qualifizierte Arbeitsplätze mit hoher Wert-

4 Welt am Sonntag vom 4.5.2014.

5 Der Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2014 vermerkt dazu nüchtern: »Ostdeutschland hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistung erreicht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen umfasst, die in einer Volkswirtschaft erstellt werden, hat sich von 1992 bis heute in etwa verdoppelt. Gemessen am BIP je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern fand der größte jährliche Zuwachs mit 13,4 Prozent im Jahr 1993 statt. Ab etwa 1997 hat sich der jährliche Zuwachs deutlich abgeschwächt. Im Jahr 2013 lag er mit 0,3 Prozent nur noch leicht über dem Wert für die westdeutschen Länder (ohne Berlin). Damit hat sich im Verlauf der Jahre auch der wirtschaftliche Konvergenzprozess, d. h. der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder zu Westdeutschland, deutlich abgeschwächt.« Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer: Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2014. Hg. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin 2014, S. 18.

schöpfung befinden sich nun einmal eher in den Konzernzentralen und in deren Umfeld – und damit im Westen. Die Branchenstruktur in Ostdeutschland hat sich inzwischen der westdeutschen stark angenähert, aber sie ist vor allem auf Zulieferung ausgerichtet. Mit anderen Worten: Der Osten ist – wie in den 1990er-Jahren von Vielen und seinerzeit auch von der Verfasserin befürchtet – weitgehend zur Werkbank geworden. Dennoch soll hier nicht in den Chor derer eingestimmt werden, in deren Augen Ostdeutschland zu einem besseren Mezzogiorno geworden ist. Zu einer nüchternen und ehrlichen Bestandsaufnahme gehört nämlich auch die Feststellung, dass die neuen Länder eine hervorragend ausgestattete öffentliche Forschungsinfrastruktur aus Hochschulen und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen entwickelt haben. Auf dieser Basis sind unterdessen viele hoch innovative mittelständische Unternehmen entstanden, die ganz wesentlich dazu beitragen, dass die ostdeutschen Länder aller Kleinteiligkeit zum Trotz den Abstand zu den noch führenden südwestdeutschen Ländern deutlich verringern konnten. Es gibt im Osten unterdessen mittelständische Industrieunternehmen, die mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt führend sind.

Zum Pessimismus besteht also insgesamt kein Anlass, sondern eher zu vorsichtigem Optimismus, immer unter der Voraussetzung, dass die Ostförderung nicht abgewürgt wird. Dieser Optimismus gilt auch für den Arbeitsmarkt, wo die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. Dank der lange guten Konjunktur und trotz Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in Ostdeutschland mit einer Arbeitslosenquote von 9,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 2014 der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung verzeichnet. Dennoch ist diese Quote verglichen mit der von 5,9 Prozent in den westdeutschen Bundesländern natürlich immer noch viel zu hoch. Für junge Leute sind die Berufschancen in den ostdeutschen Bundesländern so gut wie nie zuvor seit der Vereinigung und besser als vielerorts im Westen. Von »Ausbildungsnotstand« oder »Lehrstellenkatastrophe« redet heute niemand mehr⁶, stattdessen beherrscht der »Fachkräftemangel« die öffent-

liche Debatte. Gerade kleine Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen, weil die Zahl der Bewerber demografisch bedingt stark rückläufig ist. In einigen Branchen und Regionen sind bereits jetzt Engpässe spürbar. Die ostdeutsche Bevölkerung ist zwischen 1991 und 2012 infolge des Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er-Jahre und der massiven Abwanderung um über 11 Prozent gesunken, was den wirtschaftlichen Aufholprozess und die Angleichung der Lebensverhältnisse erschwert⁷. Eine weitere Abwanderungswelle dürfte gravierende Folgen haben, verhindern lässt sie sich letztlich nur durch weitere Schritte zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und vor allem durch Fortschritt bei der Angleichung der Wirtschaftskraft und damit der Löhne, die durchschnittlich immer noch um 20 Prozent hinter denen im Westen herhinken – in einzelnen Branchen liegt diese Differenz sogar bei 40 Prozent. Die Idee, aus Ostdeutschland ein Niedriglohnländchen zu machen, erweist sich auch in der Rückbetrachtung als ökonomischer Irrweg und neoliberaler Unfug. Dennoch ist die Vorstellung, dass man im Osten von einem relativ geringen Einkommen wunderbar leben könnte, weil da angeblich alles so viel billiger sei als im Westen, offenbar einfach nicht totzukriegen.⁸

Der von der SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften durchgesetzte Mindestlohn allein kann das West-Ost-Lohngefälle natürlich nicht beseitigen, aber er führt im unteren Lohnsegment zu gleichen Löhnen in Ost und West. Das ist auch 25 Jahre nach der Einheit keine Selbstverständlichkeit. Noch im Oktober 2013 plädierte das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit noch während der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD zur Bildung der großen Koalition dafür, in Ost- und Westdeutschland

abgesicherter Warte erscheint die Arbeit der Treuhänder dann als – von wenigen, bedauerlichen Ausnahmen abgesehen – weitgehend gelungen; für die Verlierer hat man selten mehr als einen treuerzigen Augenaufschlag übrig. Es waren viele, die keine Beschäftigung mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt fanden oder die auf dem Weg in die Selbstständigkeit scheiterten. Der Umgang mit denen, die es aus ganz unterschiedlichen Gründen in den letzten 25 Jahren nicht geschafft haben, und der sich mit dem Begriff »kalttherzig« vielleicht noch am zutreffendsten beschreiben lässt, dieser weitgehende Mangel an Empathie sagt einiges aus über die innere Verfasstheit des vereinten Deutschland.

7 Vgl. Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2014, S. 54.

8 Das mag damit zu tun haben, dass diejenigen, die dieser Vorstellung anhängen und sie unverdrossen propagieren, nicht zum Kreis der persönlich Betroffenen gehören.

6 So ändern sich die Zeiten. Diejenigen, die heute gerne vergessen machen möchten, wie katastrophal die Ausbildungssituation noch vor gut zehn Jahren gewesen ist, sind in aller Regel dieselben, die larmoyant und achselzuckend darüber hinweggehen, wie in der Phase der Deindustrialisierung Ostdeutschlands Hunderttausende von Menschen ihre Arbeit und damit auch ihre Perspektiven verloren haben. Aus solcher, in aller Regel bestens

unterschiedliche Mindestlohnstundensätze festzulegen, wobei den Ostdeutschen mit 7,50 Euro ein Euro weniger zugestanden werden sollte als den Westdeutschen⁹. Mit dem in Ost und West gleich hohen Mindestlohn hat die SPD ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal gesetzt und könnte sich durchaus anschicken, im Zuge der Durchsetzung von Hartz IV verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.¹⁰

Zu einem weiteren Prüfstein für die Glaubwürdigkeit nicht nur der ostdeutschen SPD könnte die Umsetzung des im Koalitionsvertrag niedergelegten Versprechens werden, die in Ost und West noch immer unterschiedlichen Rentenwerte zum Ende des Solidarpakts vollständig anzugleichen. Eine Überprüfung des Stands der Angleichung ist für das Jahr 2016 vorgesehen. Dann soll entschieden werden, ob und welche Zwischenschritte bis zur endgültigen Angleichung im Jahr 2019 erforderlich sind.¹¹ Die Teilung des Rentenrechtes erfolgte seinerzeit in der guten Absicht, ausschließlich die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner von der Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Löhne profitieren zu lassen. Jeder in Ostdeutschland sozialversicherungspflichtig verdiente Euro wird bei der Rentenberechnung aufgewertet. Wer angesichts dieser äußerst komplizierten Gemengelage eine sofortige Angleichung des Rentenrechtes fordert, hat entweder das Problem nicht verstanden oder nimmt schlechtere Renten im Osten billigend in Kauf. Noch Übleres ist all denen zu attestieren, die behaupten, sie könnten das Rentenrecht unter Beibehaltung des »Aufwertungs-faktors« vereinheitlichen.¹² Populismus hilft nicht weiter. Die SPD ist auch deshalb gut beraten, auf die Einhaltung des Koalitionsvertrags zu pochen, weil sich bei der Union in jüngerer Zeit die Anzeichen dafür mehren, dass man diesen Teil aufweichen möchte. Das gilt auch für die Bundeskanzlerin,

9 Vgl. unter anderem DIE WELT online vom 12.10.2013. Dieser Vorschlag wurde von Manuela Schwesig noch am gleichen Tag mit deutlichen Worten zurückgewiesen.

10 Das ist kein abschließendes Pauschalurteil über die Hartz-IV-Gesetzgebung mit ihren vielen richtigen Intentionen, sondern lediglich die nüchterne Feststellung, dass alles, was mit Hartz IV gemeinhin verbunden wird, die SPD in Ost-, aber auch in Westdeutschland massiv Vertrauen und Stimmen gekostet hat.

11 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 53.

12 Das würde nämlich bei steigenden Löhnen im Osten dazu führen, dass es bei gleichem Lohn im Osten höhere Renten gäbe als im Westen – ob dies dort auf Zustimmung stoßen würde, darf bezweifelt werden.

die sich noch im August 2014 klar zum vereinbarten Fahrplan bekannt hatte¹³, aber dies nur wenige Monate später deutlich relativierte: Nun hieß es auf einmal, man wolle »die Angleichung möglichst (!) bis zum Ende des Solidarpakts« vornehmen.¹⁴ Noch deutlich weiter ging der Bundesfinanzminister, der im Mai 2015 vor einer »abrupten« Anhebung auf 100 Prozent warnte¹⁵ und nicht ohne Chuzpe gleichzeitig die Gültigkeit des Koalitionsvertrages beteuerte. Offenbar fürchtet man bei der Union die auf rund vier Milliarden Euro geschätzten Kosten einer Angleichung, die aus dem Steueraufkommen finanziert werden sollte.¹⁶

Die Grundlage für eine verlässliche Förderung der neuen Bundesländer ist bislang der Solidarpakt II. Mit ihm erhalten die neuen Bundesländer bis Ende 2019 Mittel sowohl zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung wie auch zur Stärkung ihrer geringen Finanzkraft. Diese Mittel laufen allerdings schrittweise aus. Der dadurch auf den Länderhaushalten lastende Konsolidierungsdruck wird durch seit 2014 rückläufige EU-Strukturfondsmittel und durch die abnehmende Bevölkerungszahl¹⁷ weiter verschärft. Bereits heute ist absehbar, dass Ostdeutschland auch nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II die Unterstützung des Bundes und die gemeinsame Solidarität aller Länder braucht. Die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ist entscheidend für unsere Antwort auf die Frage nach der künftigen Struktur der gesamtdeutschen Solidarität. Ohne eine Förderung der strukturschwachen

13 So erklärte Merkel in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung vom 13.8.2014 unter der Schlagzeile »Ostrente bis 2020 angleichen«: »Wir streben bis 2017 ein Gesetz an, das den Fahrplan zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost und West fest schreibt.«

14 Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede zum Festakt »125 Jahre gesetzliche Rentenversicherung« am 2.12.2014 in Berlin.

15 Schäuble im Interview mit der »Sächsischen Zeitung« vom 22.5.2015: »Fast jedes Jahr steigen im Osten die Renten mehr als im Westen: Die Differenz wird also auf der Zeitachse kleiner. Die Löhne im Osten sind niedriger, die Lebenshaltungskosten auch. In einer solchen Situation die Rentner abrupt auf 100 Prozent zu setzen, könnte verzerren. Die Berufsbiografien, insbesondere bei Frauen, sind dazu noch signifikant unterschiedlich.«

16 Auch Wolfgang Schäuble weiß, dass eine Finanzierung aus der Rentenkasse politisch nicht durchsetzbar wäre, sondern aus dem Steueraufkommen beglichen werden müsste. Das würde allerdings nicht so recht zur erklärten Absicht der Union passen, den Solidarschlag nach 2020 schrittweise abschaffen zu wollen.

17 Die Bevölkerungszahl spielt bei der Berechnung der Steuerverteilung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs eine zentrale Rolle.

Regionen in Ost und West (!) gerät die Vollendung der deutschen Einheit außer Sicht- und Reichweite.

Der Wirtschafts- und Strukturwandel, der gesellschaftliche Umbruch, die Massenarbeitslosigkeit, der demografische Wandel bis hin zu den vielen einschneidenden Veränderungen im persönlichen Leben haben den Ostdeutschen viel abverlangt, während für die Westdeutschen eigentlich alles beim Alten geblieben ist. Es waren die Ostdeutschen, die immer wieder ihre Fähigkeit zur Flexibilität und zur originellen Lösung unter Beweis stellen mussten, und sie haben diese Herausforderung in bewundernswerter Manier gemeistert. Zahlreiche innovative Projekte wie die mobile »Krankenschwester AGnES« oder der Personen und Güter transportierende »KombiBus« aus der Uckermark zeugen davon, wie pfiffig man im Osten den Folgen des demografischen Wandels begegnet. Diese Lösungskompetenz mag auch damit zu tun haben, dass man schon zu DDR-Zeiten gezwungen war, unter schwierigsten Bedingungen anständige Produkte herzustellen. Die Ostdeutschen können jedenfalls Veränderung und sind in mancher Hinsicht tatsächlich zur Avantgarde geworden. Das ist ebenso ermutigend wie die Tatsache, dass die junge Generation in Ost und West die alten Unterschiede weder macht noch überhaupt kennt.

Wir haben in den zurückliegenden 25 Jahren unglaublich viel erreicht, und den Rest schaffen wir auch noch. Aber wer im Jubiläumsjahr der Einheit nur Jubel- und Erfolgsgeschichten hören und erzählen möchte, will oder kann nicht begreifen, was im Osten geschehen ist und was dieser sogenannte »Transformationsprozess« den Menschen abverlangt hat. Wir dürfen es nicht vergessen, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen.